

MKV fordert geregelte Studiengebühren

Utl.: Endgültiges Aus für Studiengebühren kommt für MKV nicht in Frage - Kritik an realitätsferner und dogmatischer Haltung des VSSTÖ =

Wien (OTS) - Das Studiengebühren-Gesetz muss bis 29. Februar 2012 geschärft und optimiert werden, sonst drohen den Studierenden Studienbeiträge, die von den Fakultäten selbst in beliebiger Höhe erhoben werden können. Soweit sollte es nach Meinung des Mittelschüler-Kartell-Verbandes (MKV) nicht kommen. Die Gefahr ist zu groß, dass Fakultätsgebühren teurer als generelle Studiengebühren sein könnten. Darum fordert der MKV eine einheitliche Regelung der Studiengebühren.

"Um die notwendigen Strukturveränderungen an den Universitäten umsetzen zu können, werden zuerst finanzielle Mittel benötigt. Und in diesem Punkt beweist Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle beeindruckend, dass ihm - als ehemaligem Rektor - der finanzielle Mangel bewusst ist und er die nötigen Reformschritte meistern wird." ist der Bundesjugendobmann des MKV, Michael Wilim überzeugt: "Bildung muss leistbar sein, jedoch muss jeder seinen Beitrag leisten! Was nichts kostet, ist nichts wert!" so Wilim weiter.

Wer sich diesem Grundsatz verwehrt hat an den Universitäten nichts verloren.

So übt Wilim scharfe Kritik an der realitätsfernen und dogmatisch einzementierten Haltung des VSSTÖ. So zeuge die Stellungnahme der Vorsitzenden Mirijam Müller vom Verband sozialistischer Student_innen (VSSTÖ) vom 28.11.2011 nicht gerade von großem Weitblick. "Der VSSTÖ fordert ständig ausreichendes Budget für die Hochschulen, bringt jedoch selber keine konstruktiven Lösungsvorschläge und ruf zudem laufend zum Boykott auf", kritisiert der Bundesjugendobmann.

"Dass BM Töchterle derzeit um die Freigabe einer Hochschulmilliarde kämpft, ist wohl am VSSTÖ vorbeigegangen." zeigt sich Wilim erstaunt.

Derzeit haben viele Fakultäten mit den ihnen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zu kämpfen. Diese reichen nicht aus,

um in Zukunft das Niveau auf den Hochschulen zu halten, geschweige denn zu steigern.

Dass die Universitäten für ein hohes Niveau und ein ausreichendes Leistungsangebot auch auf die Studiengebühren der Studenten angewiesen sind, ist für Wilim somit nicht in Frage zu stellen. Deshalb kritisiert er auch die kürzlich getätigte Aussage von Bildungsministerin Claudia Schmied, zu einem endgültigen Aus der Studiengebühren. "Solche Aussagen sind in der derzeitigen Bildungsdiskussion beim besten Willen nicht konstruktiv".

"Die Studiengebühren kommen schlussendlich nur den Studenten zu Gute.", so Wilim abschließend.

Rückfragehinweis:

Christian Nagel
Christian.n@Vol.at
+43 664 8873 722

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1450/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0299 2011-11-30/17:16

301716 Nov 11

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111130_OTS0299